

Deutschland sucht den Super-Kanzler - das war voll retro gestern

Das Fernsehduell gestern Abend zwischen dem auslaufenden Kanzler-Modell Olaf Scholz (SPD) und dem nächsten Hausherrn im Kanzleramt, Friedrich Merz (CDU), hätte im Grunde nach fünf Minuten abgebrochen werden können. KO-Sieg für Merz.

Es ging in den ersten Minuten nämlich nicht um Wirtschaft, Migration und Sicherheit, nicht einmal um Gendern und Familie. Es ging, wenig überraschend, um die AfD und ob man gemeinsam mit denen sinnvollen Anträgen zur Mehrheit verhelfen dürfe (was an sich schon eine unzulässige Frage in einer Demokratie ist).

Olaf Scholz erregte sich erneut über den *Sündenfall* im Bundestag, als es CDU und CSU einfach mal gewagt hatten, einen Antrag auf Schließung der deutschen Grenzen für illegale Migranten zu stellen, ohne Rote und Grüne vorher zu fragen. Genau genommen hat er das ja sogar. Einfach abstimmen lassen und fertig.

Merz war bestens vorbereitet und zog einen kleinen Zettel aus seiner Jacke.

Dann zitierte er genüsslich Noch-Kanzler Scholz aus seinem Interview in der Thüringer Allgemeinen. Gefragt, ob die SPD nicht Abstimmungsergebnisse in Parlamenten grundsätzlich ablehnen müsse, wenn sie durch AfD-Stimmen beschlossen wurden, verneinte Scholz und sagte: *„Das ist doch keine Zusammenarbeit!“*

Wie gesagt, danach hätte man einen alten Spielfilm zeigen können, Scholz in den Mantel helfen, ihm seine Aktentasche zum Auto tragen und das dunkle Kapitel seiner Kanzlerschaft ganz einfach für immer vergessen können.

Natürlich haben Sie es nicht getan, muss ja alles seine Ordnung haben

Das Duell der beiden Spitzenleute der Dino-Parteien CDU und SPD hatte wenig Esprit, außer in diesem Moment. Im Grunde sind das ja ritualisierte Veranstaltungen ohne echte Höhepunkte und ohne wirklichen Erkenntnisgewinn beim Zuschauer. Man ergeht sich in den Themen der Tagesaktualität und spult ab, was man in unzähligen Wahlkampfreden auch schon gesagt hat. Im Grunde ist es wie beim Casting für *„Deutschland sucht den Super-Kanzler“* - wer wirkt sympathischer, wer ist schlagfertiger?

Was aber gar nicht stattfindet, ist eine grundsätzliche Reflexion über die Frage: Wohin wollen wir mit dieser Gesellschaft überhaupt? Wie sieht Deutschland in 20 Jahren aus? Welche Zukunft haben unsere Kinder und Enkel?

Gestern Abend vor dem Super Bowl telefonierte ich noch lange mit einem alten Bekannten in den USA. Er war viele Jahre US-Diplomat in verschiedenen Ländern, auch in Deutschland, und wir unterhielten uns über seinen neuen Präsidenten und die neuen Minister. Wir waren uns einig, dass Donald Trump dieses

Mal vorbereitet war auf die Amtsübernahme – anders als 2017. Der Mann und sein Umfeld wissen GENAU, was Sie wollen, wohin sie das Land steuern wollen. Und was sie nicht wollen – zum Beispiel die links-woke Geldverteilbehörde USAID.

Ja, ich weiß, ein Bundesrichter hat gerade die von Trump verfügte Zwangsfreistellung von 2300 Mitarbeitern per Einstweiliger Verfügung gestoppt.

Aber das Weiße Haus wird einen anderen Weg finden, dieser global agierenden linken Krake das Handwerk zu legen. Das ist Politik, das ist es, mit seiner vom Wähler verliehenen Macht etwas wirklich zu verändern. Ist so etwas in Deutschland möglich?

Darf man den Bundeskanzler „Arxxxloch“ nennen?

Im politischen Zirkus geht es oftmals kernig zur Sache. Und viele wissen, dass das auch die Würze im politischen Allerlei ist, die Menschen motiviert, dranzubleiben und zuzuhören. Ich erinnere mich noch an meine Wehrdienstzeit, die ich zum überwiegenden Teil in der Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne im lippischen Augustdorf verbracht habe. Wenn ich wusste, dass eine große Debatte im Deutschen Bundestag anstand, nahm ich ein kleines Transistorradio mit zum Dienst, um dann um 10.30 Uhr – „NATO-Pause“ – bei einem Kaffee und einem Stück Bienenstich in die Debatte reinzuhören. Wenn sich der knorrige SPD-Fraktionschef Herbert Wehner und Oppositionsführer Helmut Kohl von der CDU rhetorisch gepflegt aufs Maul hauten. Herrlich, war das damals in der guten alten Zeit, nicht zu vergleichen mit den blutleeren Akteuren späterer Zeiten.

Nun hat die Grünen-Abgeordnete Paula Piechotta aus Leipzig ein klein wenig überzogen.

Im Podcast „Ostgrün“ behauptete sie am 23. Dezember, Scholz sei europapolitisch isoliert. Und dann weiter:

„Ich würde sagen, die SPD kennt Olaf Scholz sehr lang. Alle in der SPD wissen, dass Olaf Scholz ein Arschloch ist.“

Das ist schon harter Tobak, jedenfalls nichts, dass gewählte Repräsentanten in Deutschland übereinander sagen sollten.

Viele SPD-Politiker äußerten sich sofort empört, Fraktionsvize Detlef Müller ließ auf X schreiben: „Man bezeichnet den Bundeskanzler einfach nicht als „Arxxxloch“. Grundlagen der Erziehung und des Anstandes.“ Und der Bundestagsabgeordnete Martin Rosemann assistierte, Piechottas Aussage sei „eine unglaubliche Entgleisung“.

Und klar, Sie ahnen es, die Grüne entschuldigte sich erwartungsgemäß brav, auch auf X: *„Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, lieber Olaf Scholz, meine Worte haben euch offensichtlich beleidigt, dafür entschuldige ich mich. Ich möchte gern noch einmal wie o.g. betonen, dass es nicht meine persönliche Auffassung ist, dass Olaf Scholz so zu bezeichnen ist.“*

Aufregung hochgeplopt und gleich wieder runtergefahren

Das ist Alltag im politischen Zirkus in Berlin. Und leider ist es auch wie immer, dass der eigentliche Kern der richtigen weiteren Aussagen Piechottas völlig untergeht. Denn sie sagte auch: *„Macron lädt in Notre Dame Selenskyj und Trump ein – und Scholz ist nicht mal vor Ort. Das ist schon dramatisch.“* Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und der designierte US-Präsident Donald Trump seien Anfang Dezember bei der Zeremonie zur Wiederöffnung der Kathedrale in Paris gewesen. Man habe sich zusammengesetzt und mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ausgetauscht. Warum war eigentlich Scholz nicht dazu eingeladen? Piechotta nannte den SPD-Kanzler „einen unterdurchschnittlich guten Regierungschef, der überproportional viel in Europa kaputt gemacht“ habe. Und da hat die Grüne absolut recht.

Musk sollte das nicht tun

Regelmäßige Leser hier wissen, dass ich Elon Musk großartig finde. Als Entrepreneur, als Unternehmer und vermutlich wird er auch als Berater von US-Präsident Donald Trump Bahnbrechendes leisten. Dennoch – Deutschland zuerst – finde ich es unpassend, wenn Musk auf seinem Netzwerk X nach dem Terroranschlag in Magdeburg als *„incompetent fool“*, also als einen unfähigen Idioten bezeichnet. Wenn er das als Privatmann tut, ok. Aber als demnächst Teil der amerikanischen Regierung?

Alles wie besprochen: Scholz verliert Vertrauensabstimmung klar

Die Ampel ist ja schon vor Wochen geplatzt, nun ist es perfekt. Olaf Scholz hat mit großer Mehrheit die Vertrauensfrage verloren, nun wird ein neuer Bundestag gewählt – wie es aussieht am 23. Februar 2025.

207 Abgeordnete sprachen Scholz das Vertrauen aus, 394 stimmten gegen den SPD-Bundeskanzler, und

116 - wohl vorwiegend von den Grünen - enthielten sich. Der Bundeskanzler beantragt jetzt bei Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Auflösung des Bundestages, der entscheidet in den nächsten 21 Tagen, und dann wird innerhalb von zwei Monaten gewählt.

Alles geht seinen Gang. Dieses Land und seine Institutionen sind langsam, manchmal langweilig, aber sie funktionieren.

Es war übrigens schon das sechste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass der Bundestag über eine Vertrauensfrage abstimmen muss.

Im Bundestag haben es sich die Protagonisten vorhin noch mal so richtig gegeben. Scholz fiel für meinen Geschmack dabei aus der Rolle, wie er auch heute wieder gegen den einstigen Koalitionspartner FDP und Christian Lindner nachtrat. Kann man machen, ist aber würdelos für einen Bundeskanzler.

Aber das Thema dürfte sich ja in zweieinhalb Monaten endgültig erledigt haben. Meine Phantasie reicht nicht aus, um mir den schlechtesten Regierungschef in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland im Februar als erneuten strahlenden Sieger vorstellen zu können.

Und auch die Hobbystrategen, die hier im Forum und überall im Netz vorher wussten, die AfD werde Scholz das Vertrauen aussprechen, um einen früheren BlackRock-Aufsichtsrat als Bundeskanzler zu verhindern, war niemals eine Option in der AfD, außer für drei Abgeordnete, die bekannt dafür sind, weniger deutsche als eher russische Interessen in Berlin zu vertreten. Aber dass die rechtskonservative AfD Olaf Scholz und seinem Trümmerkabinett das Vertrauen ausspräche, das war von vornherein einfach nur ein vollkommen abwegiger Gedanke.

Olaf Scholz nochmal Bundeskanzler? Durchaus möglich...

Eins muss man konstatieren: Es wäre wirklich ein Fehler, Olaf Scholz zu unterschätzen.

Ich weiß noch, wie wir 2020 alle gelacht haben, als der Hamburger SPD-Politiker ankündigte, er werde nächster Bundeskanzler.

Wahrscheinlich wusste er da selbst noch nicht, welche Steilvorlage die Union ihm kurz darauf mit Armin Laschet als Kanzlerkandidaten machen würde. Es geht eben immer noch ein wenig runter....

Die SPD liegt in allen aktuellen Umfragen - ebenso wie AfD und Grüne - weit hinter der Union.

CDU/CSU 32 Prozent - SPD 15 Prozent, das ist nicht einmal die Hälfte.

Aber bei den Personen verschiebt sich das Bild. Da liegt der Unionskandidat Friedrich Merz mit 35 nur noch knapp vor Olaf Scholz mit 33 Prozent, und der hat sein Wahlthema entdeckt: den Frieden.

Den wollen zwar irgendwie alle, aber in einer Gesellschaft, die sich seit vielen Jahren nicht mehr über ihre tollen Autos und die Fußballnationalelf definiert, sondern durch Angst vor allem möglichem – in so einer Gesellschaft ist eben alles möglich. Sogar, dass der erfolgloseste und unbeliebteste Bundeskanzler aller Zeiten wiedergewählt wird.

Die Randparteien rechts und links mit Putin-Schlagseite haben sich schon lange auf Friedrich Merz eingeschossen. Denn der, Achtung!, sei ein „BlackRocker“, und das ist irgendwie böse, weil es mit Geld verdienen und Amerika zu tun hat.

Studienabbrecher, Trampolinspringerinnen, Taxifahrer, Kinderbuchautoren – irgendwie dürfen alle die immer noch mächtigste Volkswirtschaft in Europa regieren. Aber jemand, der abseits der Politik beruflich erfolgreich ist, der weiß, wie viel gerade wir Deutschen den Vereinigten Staaten zu verdanken haben, und der dann auch noch ein – selbst bezahltes – Privatflugzeug besitzt, der ist uns irgendwie verdächtig.

Dann lieber Ledertaschen-Olaf auf Friedensmission

Gerade ist der Noch-Bundeskanzler in Kiew, um der Ukraine Deutschlands unverbrüchliche Solidarität zu versichern. Und dann zu Präsident Selenskyj – aber im Grunde zum deutschen Fernsehzuschauer – zu sagen, dass es die – dringend benötigten – Taurus-Lenk Waffen leider, leider nicht geben werde.

Diese Taurus, die ein Kanzler Friedrich Merz der Ukraine sofort zur Verfügung stellen würde.

Was für ein Gegensatz. Da hat der Wähler im Februar endlich mal wieder eine echte Entscheidung zu treffen.

Nicht über Krieg oder Frieden, wie Scholz und die SPD uns suggerieren wollen.

Denn Frieden wird es in der Ukraine, aber auch in Georgien, Moldau und Osteuropa insgesamt, erst dann geben, wenn Putins Mörderbanden aus der Ukraine vertrieben sind. Die Chancen steigen gerade, denn vom Vormarsch der Dschihadisten in Syrien war der Kreml zweifellos ebenso überrascht, wie die ganze Welt. Eigentlich müsste Putin jetzt seinem Buddy Assad zur Hilfe kommen, um der Welt zu zeigen, was für ein toller Feldherr er doch ist mit seiner Supermacht Russland.

Aber, dumm gelaufen, er hat keine Soldaten mehr dafür

Selbst für das Gemetzel in der Ukraine muss sich Russland Soldaten auf Nordkorea und Jemen mieten. Und wie in dem berühmten Märchen von Hans-Christian Andersen sehen immer mehr Menschen, dass der russische Kaiser hoch zu Ross gar keine Kleider trägt...

Olaf Scholz hat eine Chance auf Wiederwahl. Zusammen mit Grünen, BSW, Linken und was da noch so in

Berlin unterwegs ist. Und wenn wir dann vier Jahre in übler „Kontinuität“ von ihm und Habeck regiert werden, können wir uns auf die Schulter klopfen und sagen: Putin kommt zwar ungestraft davon mit seinem Krieg und Hunderttausenden Toten, aber Deutschland hat heroisch vom Sofa aus einen „BlackRocker“ verhindert.

Verzockt, der Herr Lindner

Als FDP-Chef und Bundesfinanzminister Christian Lindner vor ein paar Tagen sein 18-seitiges Papier zur Rettung der deutschen Wirtschaft vorlegte, war der politische Verwesungsgeruch über dem Regierungsviertel nicht mehr zu ignorieren. Diese sogenannte Ampel – dieses Bündnis aus Roten, Grünen und Gel..., äh, Entschuldigung, Magenten – war vom ersten Tag an ein Fehler. Nach dem letzten Kabinett Merkel waren politische Beobachter zwar schon sicher, dass es nicht mehr schlechter werden könne, als diese Regierung. Scholz, Habeck und Lindner sind mühelos darunter durchgeflogen.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat gestern die Reißleine gezogen. Im Grunde hätte Lindner das schon vor einem Jahr machen müssen, um wenigstens seiner Partei noch einen Dienst zu erweisen.

Aber zurück zum Lindner-Papier

War es von vornherein eine Provokation, darauf angelegt, das Ende dieser Bundesregierung zu provozieren? Eine gnadenlose Abrechnung mit allem, was in diesem Land falsch läuft in der Wirtschafts-, Finanz- und Klimapolitik? Der Druck auf den roten Knopf wie das berühmte Lambsdorff-Papier von 1982, das zum Sturz des SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) und zur Wahl von Helmut Kohl (CDU) führte?

Dass Lindner allen Ernstes angenommen hat, wenn er so ein Papier vorlegt und eine 180-Grad-Kehrtwende verlangt, dann stimmen SPD und Grüne zu – nein, so naiv wäre er niemals. Er wusste, was folgen würde, weil es das Einzige ist, was folgen konnte. Hat er vorgehabt, selbst die Koalition platzen zu lassen, so wie einst Lambsdorff? Oder ist ihm der Bundeskanzler nur zuvorgekommen? Irgendwann werden wir es erfahren. Bestimmt schreibt Lindner demnächst ein Buch und enthüllt alles. Zeit hat er ja nun.

Lindner und die FDP wollten bis zuletzt an der Schuldenbremse festhalten. Gleichzeitig aber die angeschlagene deutsche Wirtschaft wieder aufzupäppeln und der Ukraine weiter gegen Russlands Angriffskrieg beizustehen – gleichzeitig aber keine neuen Schulden mehr zu machen? Das wäre die Quadratur des Kreises. Und der Bundeskanzler und sein Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) haben nun das strategische Momentum auf ihrer Seite. Immer wieder appellierten sie zuletzt an den liberalen Koalitionspartner, an Lindners Verantwortungsbewusstsein gegenüber unserem Land. Nun

steht der FDP-Chef da wie ein begossener Pudel, der zwar ein Wirtschaftspapier vorgelegt hat, gleichzeitig aber nicht bereit war, mit den Partnern zu konstruktiven Lösungen zu kommen, von denen Scholz noch vorgestern sagte, er sei sicher, dass man das Ruder gemeinsam herumreißen werde.

Eine Verbot der AfD wäre selbst die Gefahr für die Demokratie in Deutschland

Nächste Woche wird es ernst. Dann werden 37 wackere Bundestagsabgeordnete für eine Mehrheit für ihren interfraktionellen „Gruppenantrag“ im Hohen Haus werben, die Oppositionspartei AfD zu verbieten.

Angeblich stelle die Partei eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland dar. Ich bin der Meinung, ein mögliches Verbot der AfD wäre selbst die eigentliche Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Politische Gegner, meinetwegen politische Feinde, bekämpft man nicht durch ein Verbot, sondern man bekämpft sie politisch. Das nennt man Demokratie.

Tatsächlich kann es extreme Ausnahmefälle geben, wo nach sorgfältiger Prüfung und mit harten Fakten, eine politische Kraft zur Gefahr für den Bestand unseres Staates werden kann. Aber nicht einmal die wirre NPD konnte man letztlich verbieten

Und dann die Alternative für Deutschland?

Ich bitte Sie! Da gibt es doch nicht nur den berühmten Herrn Höcke aus Thüringen, der seit 10 Jahren als rechtes Schreckgespenst durch die Lande getragen wird. Der Pädagoge aus Hessen soll eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung sein? Weil er gruselige Auftritte hinlegt, und das Erinnern an den Holocaust als „Schuld kult“ schmährt?

+++Sie wollen Meinungsvielfalt und seriösen Journalismus?+++Dann spenden Sie für dieses freie Medium+++Konto: DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder PayPal auf das Konto @KelleKlaus+++

Oder stört die anderen Parteien einfach nur, dass der Mann von Wahlerfolg zu Wahlerfolg eilt mit seiner AfD in Thüringen? Will man einfach einen lästigen Konkurrenten verbieten?

Vielleicht denken die Wanderwitze unserer Zeit ja tatsächlich so naiv

Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Mehrheit im Deutschen Bundestag so denkt. Oppositionsparteien verbietet man in Russland, aber nicht in diesem Land. Millionen Bürger wählen

hierzulande in freien, geheimen Wahlen die AfD. Und das dürfen die. Und wenn die AfD weg wäre, dann wären doch die Millionen Wähler immer noch da. Glaubt ernsthaft jemand, die würden sich dann brav bei den nächsten Wahlen wieder verteilen auf CDU, SPD und Grüne? Ein vollkommen absurder Gedanke.

Etwa ein Fünftel der deutschen Wähler will eine andere Politik. Eine demokratische Rechte ist – auch in Deutschland, auch nach unserer Geschichte – eine Tatsache, eine Normalität. Dass die AfD so stark geworden ist, das ist die Schuld der Politik der vergangenen Jahre, beginnend mit Merkel und der Union, jämmerlich gescheitert mit dieser Ampel-Stümperei in Berlin. Wenn Ihr die AfD klein machen wollte, dann begreift endlich, dass Ihr eure Politik ändern müsst!

Und wenn die AfD mitspielen möchte, wenn sie an die Tische will, wo die Entscheidungen für die Zukunft unserer Kinder getroffen werden, dann muss sie sich von ihren völkischen und sozialistischen Traumtäänzern trennen. Und wenn sie das nicht will, dann ist es eben ihr eigenes Ding, dass sie draußen bleiben. Die Rechten in Schweden, Holland und Italien sind da klüger.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat sich jetzt bei RTL noch einmal skeptisch zu einem AfD-Verbotsverfahren geäußert. Die Aussichten, dass das erfolgreich sein werde, sind erkennbar zu gering. Und nicht ein einziger, der 17 Innenminister hat bisher irgendwas getan, das in Richtung der Einleitung eines Verbotsverfahrens ginge – auch nicht die von Brandenburg, Sachsen und Thüringen, wo die Verfassungsschutzämter die Landesverbände der AfD für „gesichert rechtsextremistisch“ halten, und man in Brandenburg betrunken „Hey, was geht ab? Wir schieben sie alle ab“ grölt, und sich dann wundert, dass niemand mit ihnen auch nur sprechen will.

So viel zum Thema Diplomatie

Die italienische Zeitung „La Repubblica“ hatte im September über ein angebliches „deutsches Szenario“ berichtet. Das habe das Ziel, Möglichkeiten für einen Frieden oder zumindest eine Waffenruhe in der Ukraine auszuloten.

Mit einer solchen Friedensvereinbarung zwischen Russland und der Ukraine würden die Kämpfe Russland sofort eingestellt, Russland würde vorläufig einen Teil der Ukraine besetzt halten, über den dann verhandelt werde. Der Rest der Ukraine würde in die NATO aufgenommen oder bekäme starke Sicherheitsgarantien der internationalen Gemeinschaft.

Präsident Selenkij lehnte das Ansinnen ab. Sein Land fordert alle besetzten Gebiete zurück.

In Berlin wurde in den vergangenen Tagen auch über einen neuen Vorstoß von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gesprochen, der wegen eines Telefonates mit Putin in Moskau nachfragen ließ.

Der Kreml lehnte postwendend ab.

Es gebe keine Themen für ein solches Gespräch, ließ Putins Sprecher Peskow verlauten.

Stracki

Wir neigen dazu, in unserer politischen Blase immer schnell zu sein, wenn es um umstößliche Wahrheiten und verzichtbare Personen geht. Die noch Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag, Marie-Agnes Strack Zimmermann, ist dabei eine, über die „unser“ Urteil längst gefällt ist. „Kriegstreiberin“, „Waffen-Lobbyistin“ und ähnliche Kategorisierungen sind dabei noch die schmeichelhaften. Seit „Stracki“ dann sogar Spitzenkandidatin ihrer FDP für die Europawahl geworden ist, drehen alle völlig hohl. Aber alle? Keineswegs!

Im Politiker-Ranking der wichtigsten (sprich: beim Volk beliebtesten) deutschen Politiker fand ich die Frau jüngst auf Platz 6 von insgesamt 20.

Weil sie so eine sympathische Erscheinung ist?

Vermutlich nicht. Ich glaube, den Leuten imponiert, dass Frau Strack-Zimmermann in einer wichtigen politischen Frage eine klare und glaubhafte Haltung beweist. Sie will ohne Wenn und Aber die Ukraine so massiv unterstützen, dass Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine keinen Erfolg haben wird. Auch mit Taurus-Marschflugkörpern natürlich.

Und die Frau ist sogar so clever, dass sie aus negativen Zuschreibungen ihrer Person eine kluge Wahlkampagne gemacht hat. „Die Frau nervt“ heißt es da auf FDP-Wahlplakaten. Und dann folgt der Zusatz: „Die Richtigen“.

Legendär ihr Interview, in dem sie ihren Bundeskanzler Olaf Scholz als „Autisten“ bezeichnet.

Ich gebe zu, mich beeindruckt die Frau.

In dieser trostlosen Ampel-Koalition ist sie der letzte Mann, der einen Arsch in der Hose hat, wie der Volksmund das nennen würde. Und ich habe mich kurz bei dem Gedanken erwischt, ob ich nicht vielleicht doch mal wieder FDP wählen sollte morgen. Aber, bitte regen Sie sich nicht auf, ich werde es nicht tun.

Zu oft habe ich es getan während der Merkel-Jahre, zu oft bin ich schon am Montag danach bitter

enttäuscht worden von Lindner & Co.

Macron übernimmt die Führung in Europa

Für die wenigen unter Ihnen, die mich gern missverstehen wollen – leider gibt es die – sei vorab klargestellt: Nein, ich bin NICHT dafür, dass die europäischen NATO-Staaten direkt mit Bodentruppen in den Ukraine-Krieg eingreifen. Das würde eine Grenze überschreiten, die den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu einem unkalkulierbaren Risiko für ganz Europa machen würde.

Und ich will auch keinen dritten Weltkrieg

Nun werden Frankreich und die Republik Moldau morgen einen Kooperationsvertrag für Verteidigung unterzeichnen. Damit soll den zunehmenden Destabilisierungsversuchen und Provokationen Moskaus gegen die frühere Sowjet-Republik etwas entgegengesetzt werden. Und das ist gut und richtig.

Denn Putins Russland ist kein sympathisches Land. Die abtrünnige Region Transnistrien in Moldau, wo reguläre russische Truppenbereits stationiert sind, hat Russland um „Hilfe“ gerufen. Das kennen wir ja. 1953 rollten russische Panzer durch Ost-Berlin, um den Volksaufstand der Ostdeutschen niederzuwalzen. 1956 ein Hilferuf aus Ungarn, 1968 Hilferufe nach Moskau aus Prag. Und wenn einer um Hilfe ruft, ja, was soll Moskau dann machen, oder?

Genau so verlogen wie die Geschichte von Hilferufen aus dem Donbass, wo sich Russland dann nicht raushalten kann? Das Ergebnis haben wir auf der Krim gesehen, und das Ergebnis sehen wir jetzt bei Putins mörderischem Feldzug mit bisher 300.000 Opfern.

Und, auch das gehört zur historischen Wahrheit dazu: Der Ukraine hat die russischstämmigen Menschen im Osten ihres Landes schlecht behandelt, benachteiligt, ihnen ihre Sprache verboten. Weiß ich alles. Aber nichts kann die Barbarei rechtfertigen, wie die Ukraine seit Russlands Einmarsch im Februar 2022 erleben muss. Nichts.

Auch im Baltikum gibt es starke russische Minderheiten. Da sind Hilferufe sicher leicht zu organisieren.

Aber tatsächlich geht es einfach nur um Macht, um Geopolitik, um Einflussphären. Um das wieder Erstarren der Russischen Föderation unter ihrem Führer Putin.

Russland, das ist kein Geheimnis, will Europa dominieren. Die Amis raus, und dann machen, was sie wollen. Das darf niemals passieren, egal, wie hoch der Preis ist.

Und auf den deutschen Bundeskanzler können weder wir Deutschen noch die Europäer vertrauen.

Deshalb finde ich richtig, dass Emanuel Macron jetzt Entschlossenheit und Stärke zeigt. Genau das ist es, was Europa seit langem fehlt.